Diese Reformen braucht die Schweiz

MEINUNG Donald Trumps Zölle bringen die Eidgenossenschaft in Bedrängnis. Doch das Land kann jetzt Massnahmen ergreifen, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen. **REINER EICHENBERGER**

Die Schweizer sind hart gefordert. Unter anderem müssen sie sich mit der EU arrangieren, die Landesverteidigung, Altersvorsorge, Leistungsbereitschaft und Chancengleichheit stärken sowie die entgleiste Umwelt- und Energiepolitik normalisieren – und den so wachsenden Zuwanderungsdruck bewältigen. Und jetzt kommt noch Donald Trumps Zollkrise. Diese Krise ist unsere Chance. Sie zeigt die Gefahren grosser politischer Einheiten. Grösse bringt den Regierungen Macht über andere Länder und über ihre eigenen Einwohner, die Ausbeutung und Manipulation viel schlechter entfliehen können als in Kleinstaaten, wo die Grenzen und Vergleichsmöglichkeiten immer nahe sind.

«Reformen für mehr Lebensqualität brauchen eine gelenkte Zuwanderung.»

Als Folge tendieren die Regierungen grosser Länder zu Machbarkeitsglaube und Machtmissbrauch durch Protektionismus, Subventionitis und Schuldenwirtschaft. Für Kleinstaaten gilt deshalb: Sie sollen sich nicht devot einem Machtblock andienen, sondern frei zwischen den Blöcken tanzen. Dazu einige Anmerkungen.

Das Schimpfen auf Trump und sein Protektionismus ist scheinheilig. Die Schweiz sündigt nicht nur bei der Landwirtschaft. Kürzlich hat der Bund die Mehrwertsteuer-Freigrenze für private Importe von 300 auf 150 Fr. gesenkt – zum «Schutz des Schweizer Detailhandels». Viele Vertreter des Ausbaus von Solar- und Windflatterstrom argumentierten, so bleibe das Geld in der Schweiz – strubster Protektionismus.

Die Nationalbank wurde gedrängt, zum Schutz der Schweizer Produzenten den Franken durch Kauf ausländischer Devisen tief zu halten. Nun erleidet sie auf ihren enormen Devisenanlagen riesige Verluste, wenn der Wert der Fremdwährungen sinkt – superteurer Protektionismus. Die Behauptung, der Franken sei überbewertet, ist angesichts des hohen Exportüberschusses der Schweiz faul. Vielmehr befeuert diese Subventionierung der Schweizer Produktion die Zuwanderung.

Autonome Marktöffnung

Die Schweiz sollte ihre Märkte autonom öffnen. Die Nationalbank sollte den Schweizer Franken freier aufwerten lassen und höchstens extreme Kursschwankungen zu glätten versuchen. Die Schweiz hat als Grundlage der bilateralen Verträge ihre Normen den EU-Normen angepasst. Nun sollte sie einseitig die US-Normen als gleichwertig anerkennen. So könnten US-Produkte frei in die Schweiz importiert werden, idealerweise bei vernünftiger Kennzeichnung und Erklärung der Normunterschiede auf einer Bundeswebsite.

Der Absturz des «Solarexpress» für alpine Solarkraftwerke ist sinnbildlich für das Scheitern der Schweizer Klima- und Energiepolitik. Mit überstürzten Subventionsprogrammen werden unreife und ineffiziente Projekte auf Kosten der Allgemeinheit finanziert.

Die bisherige stark auf Subventionen und Regulierungen bauende Politik muss durch echte Kostenwahrheit mit einem einfachen CO_2-Preis ersetzt werden. Dieser setzt die richtigen Anreize, sodass viele Subventionen und Regulierungen geschleift werden können und die so beim Staat anfallenden Mittel über Steuersenkungen an die Bürger zurückgegeben werden können.

Aber welches ist der richtige CO_2-Preis? Aufgrund der Fachliteratur empfehle ich 50 Fr. pro Tonne CO_2, aber manche Bundesämter vertreten gut 400 Fr. und manche Forscher 2000 Fr. pro Tonne.

Echte Kostenwahrheit löst auch dieses Problem: Die Regel, dass das CO_2-Steueraufkommen ganz an die Bürger zurückfliessen soll, brächten bei CO_2-Preisen von 50, 100 oder 400 Fr. pro Tonne beim heutigen Schweizer CO_2-Ausstoss von 35 Mio. Tonnen jährlich automatisch Mehrwertsteuersenkungen von 0,55, 1,1 oder 4,4 Prozentpunkten. Damit würden zu hohe CO_2-Preise keine grossen volkswirtschaftlichen Schäden mehr verursachen, und Politiker, Verwalter und Subventionsjäger hätten keine Anreize mehr, die Klimakosten zu übertreiben. Als Folge würde die Klimadiskussion endlich vernünftig.

Das gleiche Rezept sollte auf alle externen Kosten (Umwelt, Lärm, Unfälle, Landschaftsverschandlung etc.), alle Energieformen (Öl, Gas, Wasser-, Atom-, Wind-, Solarstrom etc.) und alle Verkehrsformen (Auto, ÖV, Motorrad, Velo etc.) angewandt werden.

Wieder würde die Regel der vollständig kompensierenden Steuersenkung die Politik und öffentliche Diskussion versachlichen. Dank voller Abgeltung der externen Kosten und Aufhebung der dann hinfälligen Subventionen könnten die Steuern um 25 bis 30 Mrd. Fr. jährlich gesenkt werden.

Diese und weitere liberale Massnahmen – etwa von wirksamen Steueranreizen für Arbeit im Rentenalter – würden den Wohlstand und die Lebensqualität in der Schweiz stark steigern. Damit aber würde der Zuwanderungsdruck und so das Bevölkerungswachstum und die Füllungskosten durch Verknappung und Verteuerung von Land, Infrastruktur, Umweltgüter und Selbstversorgungszielen noch zunehmen.

Reformen für mehr Lebensqualität sind deshalb nur möglich, wenn die Zuwanderung wirksam gelenkt wird. Aber ist das mit der Personenfreizügigkeit vereinbar? Ich meine ja. Dafür müssen die staatlichen Lasten, die stark Schweizer treffen, gerechter verteilt und staatliche Leistungen, die langjährigen Einwohnern nützen, erhöht werden.

Die gewichtigste «Schweizerlast» ist die Wehrpflicht. Sie verpflichtet junge Schweizer Männer zu 245 Tagen Dienst – gut einem Arbeitsjahr. So haben sie weniger Zeit für Erwerbsarbeit und Ausbildung und danach weniger Berufserfahrung und so ein tieferes Einkommen.

Unter Berücksichtigung von Erwerbsersatz und Sold erleiden sie netto Einkommensverluste von 50 000 bis 80 000 Fr. Diese Ungleichbehandlung könnte durch zwei Massnahmen verhindert werden.

Erstens sollten alle Menschen, die durch Volljährigkeit oder Zuwanderung ins Erwachsenenleben in der Schweiz treten, einen «Gesellschaftsbeitrag» von 50 000 Fr. leisten – durch gemeinnützige Arbeit, Militärdienst oder einen finanziellen Beitrag während fünf Jahren. Ausländer können den Militärdienst nach ihrer Einbürgerung unter Rückerstattung ihrer finanziellen Beiträge leisten.

Ein anderes Kindergeld

Zweitens soll der Staat für jedes Kind ein Grundkapital äufnen, indem er ihm für jedes in der Schweiz verbrachte Jahr 3000 Fr. gutschreibt und verzinst. So kämen Volljährige auf ein Kapital von rund 65 000 Fr. Junge Erwachsene, die ihren Gesellschaftsbeitrag als Arbeit oder Militärdienst leisten, hätten so ein frei verfügbares Kapital von 65 000 Fr., die anderen 15 000 Fr.

Aus der Pflichtmilizarmee würde eine viel effizientere Wahlpflichtmilizarmee. Die Beitragspflichtigen müssten wählen, ob sie ihren Gesellschaftsbeitrag mit Militärdienst, gemeinnütziger Arbeit oder Geld leisten wollen und die Armee könnte die geeignetsten Freiwilligen aussuchen. Sie wären viel motivierter und leistungsfähiger und könnten während Jahrzehnten Dienst leisten, was die Kosten senkt. Dank der langen Verweildauer bräuchte es pro Jahrgang nur wenige Freiwillige.

Die grössere Altersdurchmischung steigert die Robustheit und Kampfkraft der Truppe, den Wissensfluss in die Armee, den Wert der Netzwerke und die Attraktivität des Dienstes. Dank der grossen Einsparungen und den weiterlaufenden EO-Lohnprozenten könnten die Langzeit-Freiwilligen angemessen entschädigt und die Armee umfassend ausgerüstet werden.

Für das Grundkapital müssten jährlich 4 bis 5 Mrd. Fr. aufgewendet werden. Die jährlichen Einnahmen aus dem Gesellschaftsbeitrag in Form von Arbeit, Geld und Wehrdienst würden bei einer Halbierung der Nettozuwanderung immer noch über 7 Mrd. Fr. betragen.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg i. Üe.

Gold auf Höchst?

JAN SCHWALBE
Chefredaktor zum Thema Gold

Es gibt an den Finanzmärkten einen Zufluchtsort, der in letzter Zeit besonders gut funktioniert: den Goldmarkt. Man wird derzeit an frühere Zeiten erinnert, in denen Gold die fast perfekte Absicherung gegen Probleme am Aktienmarkt war.

Gold kostete diese Woche zum ersten Mal über 3300 $ je Unze. Allein seit Mitte Februar hat man mit Gold 15% verdient. Wer das Edelmetall seit der Jahrtausendwende gehalten hat, konnte eine Rendite von 1000% verbuchen.

Das ist natürlich in Dollar gerechnet. Wer in Franken investiert, hat trotz Goldrekorden nicht ganz so gut verdient. Der Franken ist gegenüber dem Dollar gar so stark, dass in unserer Heimwährung trotz Kursavancen in Dollar unter dem Strich kaum eine Goldrendite übrig blieb.

Doch wie sieht es historisch betrachtet aus? Gold war auch in Franken eine lohnende Anlage. Seit der Jahrtausendwende betrug die Rendite immerhin fast 500%. Über die Jahre gesehen wird unsere Währung konstant stärker. Das dürfte sich auch in Zukunft nicht ändern.

Der Kursanstieg des Goldes ist steil. Es fragt sich, ob das nicht etwas zu viel des Guten war. Ich denke, nein. Auch wenn der Gewinn bereits beträchtlich ist. 2011 und 2020 gab es noch deutlichere Avancen. Zudem sehe ich nicht wirklich, dass sich das Ungemach rund um Zölle, aber auch um generelle geopolitische Spannungen bald in Luft auflösen wird.

Auch die Notenbanken, die derzeit den Anstieg anfeuern, dürften weiter verstärkt auf Gold setzen. Deshalb gehört das Edelmetall für mich in jedes gut diversifizierte Portfolio. Ich würde es derzeit leicht übergewichten.

Unrühmliches Schwarz-Peter-Spiel

MEINUNG Die Kantone zerzausen die Vorschläge zur Drosselung der Bundesausgaben. Konkrete Alternativen zeigen sie aber nicht auf. **ARNO SCHMOCKER**

Von Beginn weg war es sicher wie das Amen in der Osterkirche, dass die vorgeschlagenen Massnahmen zur Entlastung des Bundeshaushalts auf breite Kritik stossen würden. Die vom Bund eingesetzte Expertengruppe und der konkrete Vorschlag der Landesregierung verschonten niemanden, mit Ausnahme der Landwirtschaft und der Armee.

Mitte März liess sich die Konferenz der Kantonsregierungen zum Entlastungsprogramm vernehmen. Sie anerkennt, dass der Bundeshaushalt aufgrund der geopolitisch bedingt rasch steigenden Ausgaben für die Landesverteidigung und den Bundesbeitrag an die 13. AHV-Rente in Schieflage zu geraten droht. Dabei erwähnt sie die Mitte-Initiative, die Ehepaaren 200 statt 150% Rente verspricht und trotz Kosten von über 3 Mrd. Fr. wohl gute Chancen an der Urne hätte, nicht einmal.

«Nicht akzeptabel»

Gleichwohl verwerfen die Kantone die sie betreffenden Vorschläge im Entlastungspaket in Bausch und Bogen. «Nicht akzeptabel» seien sie. Auf die Breitseite der Kantone in der Vernehmlassung hat der Bundesrat in dieser Woche nüchtern reagiert, zumal diese etwa 30% der Bundesausgaben erhalten und so gesehen nicht ungeschoren davonkommen sollten. Zudem betont die Landesregierung, reine Lastenverschiebungen von einer Staatsebene auf die andere, wie von den Kantonen suggeriert, seien in der Tat zu vermeiden. Das sei «bei der grossen» Mehrzahl der vorgeschlagenen Massnahmen der Fall.

Diskutabel ist auch die Einschätzung der Kantone in ihrer Stellungnahme, sie verfügten gar nicht nicht über einen grösseren finanziellen Spielraum als der Bund. Die teilweise guten Abschlüsse der vergangenen Jahre seien «eine trügerische Momentaufnahme» – eine Momentaufnahme, die gemäss den jüngsten Prognosen für die öffentlichen Finanzen auch mittelfristig andauert (was offenkundig nicht für jeden einzelnen Kanton gilt).

«Sparen sollen andere. Geht es aber um das Verteilen von Geld, sind der Fantasie keine Grenzen gesetzt.»

Wenn schon, sind der über Erwarten gute Abschluss 2024 der Bundesrechnung und die besseren Aussichten für 2025 und 2026 eine «Momentaufnahme». Sie sind durch unerwartet hohe – vorübergehende – Gewinnsteuern von Genfer Rohstoffhändlern aufgehübscht.

Ab 2027 hält die neue Realität Einzug. Der Bund wird gemäss der Prognose der Eidgenössischen Finanzverwaltung nur Überschüsse ausweisen können, wenn das Entlastungspaket durchkommt und es die erhofften «Einsparungen» bringt. Und die Schweizerische Nationalbank (SNB) 3 Mrd. Fr. Gewinn an Bund und Kantone ausschüttet. Das wird in Jahren mit grossen Marktturbulenzen wie diesem schwerlich zu erreichen sein. Die Kantone machen es sich zu einfach. Konkrete Alternativvorschläge, wie der Bundeshaushalt mittelfristig entlastet werden soll, haben sie keine unterbreitet, obschon der Strauss der möglichen Massnahmen schon seit Herbst auf dem Tisch liegt.

Es geht um das Ganze

Der Bundesrat hält etwas süffisant fest, er sei gerne bereit, andere Entlastungsschritte zu prüfen, «sofern diese von einer klaren Mehrheit der Kantone» unterstützt würden. Entsprechende Ideen erwarte er bis zum Ende der Vernehmlassung am 5. Mai. Danach ist er ebenso bereit, sie mit einer repräsentativen Delegation der Kantone zu diskutieren.

Den Widerstand der Kantone zu brechen wird eine der grössten Knacknüsse des Bundesrats sein. Aber sie sind gewiss nicht die Einzigen. Wenn Politiker jeglicher Couleur eines verabscheuen, dann ist es sparen. Geht es aber um das Verteilen von Geld, sind ihrer Fantasie keine Grenzen gesetzt. Die Reaktionen auf das Entlastungsprogramm des Bundes gleichen einem Schwarz-Peter-Spiel, nach dem Motto «hier gerade nicht, aber anderswo», wie in der Energiepolitik und der Versorgungssicherheit mit Strom. Statt Partikularinteressen und Tunnelblick wäre eine Betrachtung des Ganzen gefragt.

Aktuell auf www.fuw.ch

UBS-Lohndebatte verschoben

Der Nationalrat wird nun erst im August darüber befinden, ob die Bankerlöhne bei 3 bis 5 Mio. Fr. gedeckelt werden sollen. Anfang März hatte der Ständerat eine entsprechende Motion angenommen. Sie hat durchaus Chancen.

Hermès wächst weniger als erwartet

Der Luxuskonzern ist mit einem Umsatzplus ins neue Jahr gestartet, blieb jedoch hinter den Erwartungen zurück. In den ersten drei Monaten stieg der Umsatz um 8,5% auf 4,13 Mrd. €. Währungsbereinigt kletterte er nur 7,2%, erwartet wurden jedoch 7,9%.

Goldrally ist noch nicht überragend

Der Goldpreis steigt, Haupttreiber sind die Notenbanken. Dazu kommt nun auch der Zufluss in börsengehandelte Goldfonds (ETF). Die Hausse ist aber noch weniger ausgeprägt als in der Coronakrise und in der Finanzkrise 2008.

US-Konsumenten sind verunsichert

Trumps Zollpolitik wird bald einen Teuerungsschub auslösen und zu höherer Arbeitslosigkeit führen. Der Anteil der Konsumenten, die für kommendes Jahr mehr Arbeitslosigkeit erwarten, ist doppelt so hoch wie im November 2024 und auf dem höchsten Stand seit 2009.

FuW-Apps

Die App bietet alles, was Sie sich wünschen. Sie haben Zugriff auf das gesamte FuW-Programm und somit auch alle Börsendaten, haben das ganze Archiv und finden die wichtigsten FuW-Artikel kuratiert nach Wichtigkeit.

Die E-Paper-App von «Finanz und Wirtschaft» bringt die Zeitung im gewohnten Layout auf Ihr Smartphone oder Tablet. Die App bietet einen Lesemodus, einfache Navigation dank Zeitungsübersicht und ein ausführliches Ausgabenarchiv.

Beide Apps sind für FuW-Abonnenten gratis. Jetzt downloaden.